

könne, weshalb der Bundesrat diesbezüglich die Information fördern und Anreize für Unternehmen schaffen will.

Wenn nun die Kommission die Motion trotz des bestehenden Handlungsbedarfs mit 7 zu 3 Stimmen bei 1 Enthaltung ablehnt, so einzig und allein deswegen – ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen –, weil die Mehrheit die Auffassung des Bundesrates teilt, dass es wirkungsvoller ist, konkrete Massnahmen zu treffen, statt umfangreiche Ressourcen, die gar nicht vorhanden sind, mit der Ausarbeitung eines Massnahmenplanes zu binden. Ähnlich wie bei den beiden zuvor behandelten Motionsen ist das Anliegen als solches unbestritten. Es geht vielmehr darum, wie am wirkungsvollsten vorzugehen ist.

In diesem Sinne und in Übereinstimmung mit den Darlegungen des Bundesrates ersuche ich Sie im Namen der Mehrheit der Kommission, die Motion abzulehnen und gleichzeitig zum Ausdruck zu bringen, dass die Bemühungen zur Gewährleistung der Gleichstellung von Mann und Frau pragmatisch und konkret weiterzuverfolgen sind.

**Sommaruga** Simonetta (S, BE): Der Kommissionssprecher hat es gesagt: Wir haben auch in unserer Kommission festgestellt, dass der Handlungsbedarf in diesem Bereich unbestritten ist. Es ist ernüchternd, dass es zwölf Jahre nach der Weltfrauenkonferenz in Peking von 1995 immer noch diese Differenzen zwischen Frauenlöhnen und Männergehältern gibt. Es ist auch ernüchternd, dass heute bei den Spitzenpositionen in der Wirtschaft die Frauen immer noch massiv unvertreten sind. Und es ist mehr als ernüchternd, dass heute die Kombination von Familie und Beruf für Frauen ein Karrierehemmnis ist, während sie sich bei Männern ganz offensichtlich eher karrierefördernd auswirkt. Um auf dieser Grundlage sagen zu können, welches der richtige Weg ist, steht jetzt hier ein Vorschlag zur Diskussion.

Wir haben es vom Kommissionssprecher gehört: Die Kommissionsmehrheit war der Meinung, man solle hier lieber pragmatisch und konkret vorgehen, als einen Massnahmenplan zu erarbeiten. Ich muss Ihnen sagen: Wenn wir vom Bundesrat ein bisschen mehr Informationen gehabt hätten, welches diese konkreten, erfolgversprechenden Bemühungen sind, die offenbar im Gang sind, und worum es sich dabei handelt – der Bundesrat spricht in seiner Antwort davon, dass er im Bildungsbereich gute Ideen habe, die er jetzt pragmatisch und konkret umsetzen wolle, dass er bereits wisse, was er für die Erreichung der Gleichstellung von Frau und Mann tun wolle –, dann hätten wir uns vielleicht überlegt, ob dieser Massnahmenplan jetzt nötig sei oder jetzt zum richtigen Zeitpunkt komme. Ich muss Ihnen einfach sagen, dass wir davon nichts erfahren haben.

Erfolgversprechende Bemühungen, die im Gang sind – da hätte ich schon gerne etwas mehr gewusst. Und wenn der Bundesrat sagt, dass er lieber umsetzen und handeln als Massnahmenpläne schreiben würde, dann muss ich Ihnen sagen, dass es sicher nicht im Sinne der Motionärin war, dass man vor allem Papier produziert. Aber es braucht natürlich ein koordiniertes Vorgehen, das steht in dieser Motion. Wir brauchen die Zusammenarbeit mit den Kantonen, den Gemeinden, den Sozialpartnern und den Wirtschaftsverbänden.

Wenn der Bundesrat sagt, er habe auch ein schlechtes Beispiel, wie es eben nicht laufen dürfe – z. B., dass nach der Konferenz von Peking mehr als zwei Jahre an einem Massnahmenplan gearbeitet worden sei –, würde ich ihm gerne empfehlen, die Motion und damit die Herausforderung, es dieses Mal besser zu machen, anzunehmen. Ich würde ihm empfehlen, nicht zwei Jahre an einem Plan zu arbeiten, sondern diese Koordination vorzunehmen und dann auch Massnahmen zu ergreifen. Ich sehe hier keinen Widerspruch zwischen dem, was der Bundesrat offenbar zu tun bereit ist, und dem, was in der Motion steht.

Ich bitte Sie deshalb, die Motion anzunehmen. Ich möchte mit der Ablehnung der Motion nicht das schlechte Signal geben, dass man hier jetzt plötzlich gar keinen Handlungsbedarf mehr sieht; das wäre schade. Ich glaube, die Annahme

der Motion stärkt dem Bundesrat den Rücken, damit er seine Bemühungen fortsetzt und diese noch intensiviert.

**Couchepin** Pascal, conseiller fédéral: Madame Sommaruga souhaite qu'on donne un signal. S'il s'agissait seulement de donner un signal, on serait prêt à le donner séance tenante, mais le rapport qui est demandé est un peu plus qu'un signal. On a eu une expérience précédente avec un rapport similaire – pas dans ce domaine-là –, et c'est quelque chose d'assez complexe. Si vous voulez faire un plan d'ensemble, il faut, non seulement travailler avec tous les acteurs concernés de l'administration fédérale, ce qui n'est pas encore la chose la plus difficile, mais il faut aussi obtenir la collaboration des 26 partenaires cantonaux et intégrer dans le système les partenaires sociaux et la société civile. Finalement, c'est quelque chose qui, du point de vue du temps, est très exigeant.

En ce qui concerne les travaux qui ont été faits, les programmes qui ont eu un certain succès, il y a le programme relatif à l'égalité des chances à l'université. Vous avez l'air de dire que c'est tout naturel. Bien sûr que c'est tout naturel, mais c'est aussi le produit d'un travail et d'un engagement. Dans les EPF, un programme similaire est en cours. Là, pour l'instant, il a eu moins d'efficacité parce que c'est une problématique plus difficile. Dans les HES, il y en a aussi un. Ensuite, en collaboration avec l'OFFT, des programmes ont été lancés dans le cadre du crédit d'innovation. Les aides financières que le Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes a attribuées concernent environ 400 projets, ce qui n'est pas rien.

Alors, quel est le succès? On ne va quand même pas mettre à l'actif du Bureau fédéral de l'égalité l'égalité qui est obtenue au sein du Conseil fédéral! Parfois, c'est le hasard, parfois ce sont les circonstances qui font que l'égalité survient, mais elle progresse. Lorsqu'on soutient 400 projets, il est probable qu'un certain nombre d'entre eux ont une efficacité et permettent de faire avancer la chose.

Mais je crois que le point essentiel, c'est l'importance du fameux plan. Ce fameux plan est vraiment quelque chose qui provoque un travail intense avec une efficacité limitée, je le dis une fois encore, vu les ressources qui sont mises à disposition.

Tout à l'heure, on a échappé au plan de Madame Roth-Bernasconi, alors aidez-nous à échapper à un plan supplémentaire Sommaruga. Mais je ne veux pas que ce soit un plébiscite pour ou contre vous, Madame Sommaruga!

#### Abstimmung – Vote

Für Annahme der Motion ... 11 Stimmen

Dagegen ... 15 Stimmen

06.3662

#### **Motion Nordmann Roger. Vaterschaftsurlaub**

#### **Motion Nordmann Roger. Un congé-paternité pour associer les pères dès la naissance**

Einreichungsdatum 11.12.06

Date de dépôt 11.12.06

Nationalrat/Conseil national 08.03.07

Bericht SGK-SR 08.11.07

Rapport CSSS-CE 08.11.07

Ständerat/Conseil des Etats 19.12.07

#### *Antrag der Mehrheit*

Ablehnung der Motion



*Antrag der Minderheit*  
(Fetz, Leuenberger-Solothurn, Ory)  
Annahme der Motion

*Proposition de la majorité*  
Rejeter la motion

*Proposition de la minorité*  
(Fetz, Leuenberger-Solothurn, Ory)  
Adopter la motion

**Präsident** (Brändli Christoffel, Präsident): Es liegt ein schriftlicher Bericht der Kommission vor. Die Kommission beantragt mit 6 zu 3 Stimmen bei 1 Enthaltung, die Motion abzulehnen. Der Bundesrat beantragt ebenfalls die Ablehnung der Motion. Eine Minderheit beantragt die Annahme der Motion.

**Forster-Vannini** Erika (RL, SG), für die Kommission: Mit der Motion wird für Väter ein Anrecht gefordert, im Anschluss an die Geburt eines Kindes einige Wochen Urlaub zu beziehen. Die Entschädigung soll entsprechend der Entschädigung beim Mutterschaftsurlaub geregelt werden. Die Mehrheit der Kommission empfiehlt Ihnen die Motion zur Ablehnung; dies aus folgenden Gründen:

Die Einführung eines zum Mutterschaftsurlaub analogen Vaterschaftsurlaubs wird aus grundsätzlichen Überlegungen abgelehnt. Anders als beim Mutterschaftsurlaub besteht für den Gesetzgeber kein verfassungsmässiger Auftrag, einen Vaterschaftsurlaub mit Versicherungscharakter einzuführen. Die verfügbaren Mittel sollten längerfristig für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie und vor allem für eine steuerliche Entlastung von Familien eingesetzt werden. Die Kommissionsmehrheit hält einen Vaterschaftsurlaub nach der Geburt eines Kindes zwar für wünschbar, aber nicht für nötig. Die Einführung eines Vaterschaftsurlaubs auf Gesetzesebene würde zudem die Erwerbsersatzordnung zusätzlich belasten, was zu einer stärkeren als der heute vorgesehenen Erhöhung des EO-Beitragssatzes führen würde. Für viele KMU wäre es überdies schwierig, die ausfallende Arbeitsleistung zu kompensieren. Im Übrigen steht es – wiederum gemäss Mehrheit – den Betrieben frei, ihren Angestellten Vaterschaftsurlaub zu gewähren. Daher sollte diese Frage weiterhin zwischen den Sozialpartnern geregelt werden.

Eine Minderheit ist der Meinung, dass diese Motion angenommen werden sollte.

Die Kommission hat mit 6 zu 3 Stimmen bei 1 Enthaltung entschieden, die Motion zur Ablehnung zu empfehlen. Ich bitte Sie, dieser Empfehlung zu folgen.

**Fetz** Anita (S, BS): Es gibt so einen hübschen Satz: «Vater werden ist nicht schwer, Vater sein dagegen sehr.» Ich persönlich kann das ja nicht so beurteilen, aber es ist gemäss meiner Beobachtung oft so. Es ist auch klar, dass das Vatersein nicht leichter wird, wenn man ein paar Wochen Vaterschaftsurlaub bekommt. Dennoch bitte ich Sie, dieser Motion zuzustimmen, und zwar vor allem aus drei Gründen.

1. Ich finde, es ist familienpolitisch höchste Zeit und wichtig und richtig. Vor allem junge Eltern wollen ja heute partnerschaftlich für Kinder und Einkommen sorgen – nicht alle, aber die grosse Mehrheit –, und die Beziehung zum Kind in den ersten Wochen ist sicher ein ganz wichtiger Beitrag dazu. Das heisst also: Auch aus familienpolitischen Überlegungen und aus Überlegungen bezüglich Familienförderung sollten wir dieser Motion zustimmen können.

2. Ich finde, dieser Vaterschaftsurlaub ist gleichstellungspolitisch nötig. Seit dem Juli 2005 haben die Frauen, wie Sie wissen, 14 Wochen Mutterschaftsurlaub mit Erwerbsersatz. Die Männer haben das nicht. Nach meinem Dafürhalten widerspricht das dem Gleichstellungsgebot in der Bundesverfassung und diskriminiert eigentlich relativ einseitig die Männer. Das aber mag ich gar nicht, denn ich verstehne Gleichberechtigung eben auch als partnerschaftlichen Prozess.

3. Ich finde, es ist ein Gebot der Fairness all jenen berufstätigen jungen Männern gegenüber, die Vater werden und nicht das Privileg haben, in einer grossen Firma zu arbeiten. Heute haben viele grössere Firmen begriffen, dass ein Vaterschaftsurlaub von mindestens ein paar Tagen, teilweise sogar von zwei bis drei Wochen, ein ganz wichtiger Beitrag der Arbeitgeber zugunsten der Arbeitnehmer ist. Insbesondere im hochqualifizierten Bereich ist es heute durchaus ein Wettbewerbsvorteil für eine Firma, wenn sie ihren jungen, hochqualifizierten Mitarbeitern einen Vaterschaftsurlaub bieten kann.

Sie haben gehört, dass die Kommissionsmehrheit die Motion vor allem aus Kostengründen ablehnt. Ich bestreite nicht, dass ein Vaterschaftsurlaub die EO belasten wird – aber nicht in einem so starken Ausmass, wie die meisten von Ihnen meinen. Denn etwas dürfen Sie nicht vergessen: Seit die EO obligatorisch den Erwerbsersatz für die Mutterschaft zurückgestattet, gibt es dort natürlich eine grosse Entlastung. Seit der Einführung der Mutterschaftsversicherung sparen die Arbeitgeber jedes Jahr rund 300 Millionen Franken, die sie vorher in die private Absicherung der Mutterschaft investieren mussten. Man könnte doch in guten Treuen sagen, dass man diese 300 Millionen Franken – es werden jedes Jahr mehr, je länger wir dieses Obligatorium haben – den jungen Vätern zur Verfügung stellen könnte. In diesem Sinne wäre das auch bezahlbar. Der Motionär sagt ja nicht genau, wie lange der Vaterschaftsurlaub sein sollte; da ist er durchaus offen und flexibel.

Zum Schluss wende ich mich ganz persönlich an die Kollegen unter Ihnen. Ich weiss, dass viele von Ihnen Väter und Grossväter sind. Ihnen möchte ich einfach mitgeben: Gönnen Sie doch Ihren Söhnen und Enkeln das, was Sie selber nicht hatten, nämlich die Möglichkeit, die ersten paar Wochen wirklich mit dem Kind zu verbringen. Sie wissen vielleicht noch, dass das eine tolle Zeit gewesen wäre, aber Sie könnten sie leider nicht geniessen. Das wiederum wirkt sich natürlich auch auf die Beziehung aus.

Ich bitte Sie, die Motion anzunehmen.

**Maury Pasquier** Liliane (S, GE): Notre conseil est une chambre de réflexion, mais bien évidemment, la réflexion se base notamment sur l'observation de la réalité. Je voudrais, même si vous la connaissez, vous dire quelques mots de cette réalité, en tout cas en ma qualité de sage-femme.

J'ai eu l'occasion d'observer, dans l'exercice de ma profession, de nombreuses jeunes familles au cours des premiers jours après l'arrivée de leur bébé à la maison, après la plupart du temps une naissance en milieu hospitalier. J'ai pu constater combien il était important, pour la femme qui vient d'accoucher comme pour l'enfant qui vient de naître, de pouvoir bénéficier de la présence du père à la maison, ne serait-ce que quelques jours. Il est également important pour le père de pouvoir se familiariser dès les premières heures, dès les premiers jours, avec cet enfant qui est le sien et qu'il accompagnera pendant plusieurs décennies, si ce n'est pendant toute sa vie, puisque ce n'est pas seulement pendant l'enfance et l'adolescence qu'on a besoin d'un père, mais bel et bien tout au long de sa vie.

Cette présence est d'autant plus importante que, finalement – on le constate aussi avec l'évolution de la médecine et de la prise en charge de la naissance –, si la femme accouche en milieu hospitalier, comme c'était le cas il y a une cinquantaine d'années, voire une centaine d'années, en Suisse, le retour à domicile de la maman et du bébé se fait le plus souvent après trois ou quatre jours. Or après ce laps de temps, une femme n'est pas en mesure d'effectuer l'ensemble des tâches qui doivent l'être pour que son ménage marche. Elle doit bien évidemment s'occuper de son enfant, mettre en route l'allaitement et faire toute une série de choses pour lesquelles elle a manifestement besoin d'une présence forte et d'un soutien fort.

On fait beaucoup allusion ces derniers temps à l'importance, notamment pour diminuer les coûts de la santé, du rôle et de la fonction de ce qu'on appelle les aidants naturels, mais on constate également que ceux-ci sont de plus en plus diffi-

les à mobiliser dans la mesure où ils et elles exercent la plupart du temps une activité professionnelle à plein temps. Il s'agit donc, pour permettre aux bonnes relations de se tisser entre l'enfant, son père et sa mère, au couple d'essayer de régler en commun déjà dès les premiers jours une prise en charge de ce bébé, de permettre aux parents d'avoir un minimum de temps à disposition. Le temps dont nous parlons aujourd'hui n'est pas du tout exagéré, puisque l'auteur de la motion, s'il parle de quelques semaines, ne dit pas précisément de combien de semaines il devrait s'agir. Mais même avec un congé-paternité de deux semaines, on pourrait tout à fait trouver qu'il y a déjà une bonne base pour la construction d'une famille.

On a dit tout à l'heure, et d'ailleurs cela figure dans le rapport de la commission, qu'un des motifs du rejet de la motion est dû au fait qu'il n'y a pas de mention particulière du congé-paternité dans la Constitution. Effectivement, si la mention du congé-maternité y figure depuis la fin des années 1940, tel n'est pas le cas pour le congé-paternité. Ce n'est pas étonnant d'ailleurs puisqu'on ne parlait pas, à cette époque, de congé-paternité.

Depuis, la situation a énormément évolué, ne serait-ce qu'en considérant le taux d'activité des femmes et des hommes et la répartition des tâches au sein du couple et de la famille. Mais, dans la Constitution précisément, on peut tout de même trouver, notamment dans les droits fondamentaux, un certain nombre d'éléments. Je pense aussi à l'article qui mentionne la protection des enfants et des jeunes, de même qu'à l'article consacré au droit à la famille. Je pense également à l'article 116 alinéa 1 qui dit: «Dans l'accomplissement de ses tâches, la Confédération prend en considération les besoins de la famille. Elle peut soutenir les mesures destinées à protéger la famille.» A mon sens, cet article constitutionnel ouvre tout à fait la voie à la concrétisation de la motion Nordmann dans la mesure où celle-ci renforce la famille et permet de soutenir les enfants et les jeunes. Au passage, j'attire votre attention sur le long débat qui a eu lieu ce matin au Conseil national, où l'on a justement beaucoup parlé de soutien aux enfants et aux jeunes, de soutien à la famille.

Le financement de ce congé-paternité par le régime des allocations pour perte de gain permet de garantir ce droit à tous les pères. Il permet également à toutes les entreprises de l'offrir, que celles-ci soient grandes ou petites, que celles-ci occupent une grande proportion d'employés masculins ou au contraire une main-d'œuvre majoritairement féminine. C'est donc aussi une question d'égalité entre les hommes de ce pays, et aussi entre les entreprises.

Ce sont les raisons pour lesquelles je vous invite à soutenir la motion Nordmann.

**Kuprecht Alex** (V, SZ): Es macht den Anschein, dass die Weihnachtszeit nicht nur im privaten Bereich zu Geschenken veranlasst, sondern Parlamentarierinnen und Parlamentarier dazu verführt, mit entsprechenden Vorstößen die Tugend des Gebens und Verteilens in die Bevölkerung zu tragen. Die am 11. Dezember 2006 eingereichte Motion Nordmann ist für mich ein Beispiel dafür.

Dieser Vorstoss verlangt in Anlehnung an den Mutterschaftsurlaub, auch den Vätern einen einige Wochen dauernden Urlaub zu gewähren und ihnen respektive dem Arbeitgeber analog zum Mutterschaftsurlaub die Erwerbsausfallentschädigung durch eine weitere Belastung der EO-Rechnung zu finanzieren. Sowohl das Obligationenrecht als auch das Erwerbsersatzgesetz sollen entsprechend angepasst und revidiert werden.

Die Tatsache, dass der EO-Fonds heute noch eine stattliche Höhe aufweist, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass mit der Zustimmung zu dieser Motion ein verhängnisvoller Schritt zu einem weiteren Ausbau unserer in den letzten Jahren stark angewachsenen Sozialleistungen getan würde und schon sehr bald weitere Beitragserhöhungen notwendig wären. Gerade die Folgen der gesetzlich verankerten Leistungen bei Mutterschaft hinterlassen bereits heute durch die eingetretenen Finanzierungsdefizite ganz deutliche Ero-

sionsspuren in der EO und in deren Kapitalkonto. Der rasante Kapitalverzehr wird weitergehen, und die Voraussagen bezüglich der Nullgrenze werden eintreffen. Die logische Konsequenz wird die Anpassung der Beiträge von heute 0,3 Prozent auf 0,5 Prozent sein. Auch die Abzüge bei den Arbeitenden werden grösser werden. Somit wird der private Haushalt künftig weniger für den Alltag zur Verfügung haben und weiter belastet.

Aber auch sozialpolitisch stellt sich die Frage, ob diese familienpolitische Forderung nun wirklich notwendig ist. Ist es denn heute den Vätern nicht mehr zuzumuten, dass sie einen Teil der Ferien zugunsten der Mütter und Kinder und somit zugunsten der Familie einplanen? Braucht es dazu wirklich einen gesetzlich finanzierten, zusätzlichen Urlaub?

Ich bitte Sie deshalb, die vorliegende Motion abzulehnen und damit dem weiteren Ausbau unseres Sozialversicherungssystems, der auch von einer kürzlich vorgestellten OECD-Studie stark kritisiert wurde, entgegenzutreten.

**Schwaller Urs** (CEg, FR): Ich werde der Motion ebenfalls nicht zustimmen. Als familienpolitisches Anliegen verstehe ich die Forderung der Motion Nordmann. Dieses Anliegen steht jedoch bei mir nicht zuoberst auf der Prioritätenliste. Wir sollten die verfügbaren finanziellen Mittel längerfristig tatsächlich für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie und vor allem für die steuerliche Entlastung von Familien einsetzen. Wenn wir dieser Motion zustimmen, sagen wir Ja zu einer zusätzlichen Leistung der Sozialversicherung, die dann auch entsprechend zu finanzieren wäre. Die Stellungnahme des Bundesrates, welche wir auch in der Kommission diskutiert haben, verweist auf die möglichen Folgen im Bereich der Erwerbsersatzordnung.

Ich unterstütze ein verstärktes Engagement der Väter in der Familie, welche Form diese auch haben mag. Der Vaterschaftsurlaub kann hierfür in der ersten Zeit tatsächlich einen Beitrag leisten – da kann ich Kollege Nordmann beipflichten. Aber das ist nicht Bundessache. Eine befriedigende Antwort in Sachen Vaterschaftsurlaub ist zuerst einmal unter den Sozialpartnern zu finden. Verschiedene kleine und grössere Betriebe wie auch der Bund kennen bereits heute die Einrichtung und nutzen diesen Vaterschaftsurlaub, gerade auch als attraktives Zusatzangebot bei der Rekrutierung von neuen Mitarbeitern. Das ist richtig so. Aber ich bin überzeugt, dass es nicht Aufgabe des Gesetzgebers ist, einen solchen Vaterschaftsurlaub auf Bundesebene einzuführen. In all jenen Fällen, in welchen ein Gesetz nicht notwendig ist, sollte meines Erachtens darauf verzichtet werden. Ich lade Sie ein, die Motion abzulehnen.

**Jenny This** (V, GL): Nicht als Grossvater, aber als stolzer Vater zweier Kinder möchte ich Sie ebenfalls ersuchen, diese Motion abzulehnen.

Die Väter können keine gleichbedeutenden Aufgaben wahrnehmen wie die stillenden Mütter; deshalb können sie problemlos ihren bisherigen Tätigkeiten nachgehen. Zudem fand mit der Einführung des Mutterschaftsurlaubes bereits ein Leistungsausbau statt. Es gibt also überhaupt keinen nachvollziehbaren Grund, um diesen auf die Väter auszudehnen. Selbstverständlich bin ich jederzeit für diesen Vaterschaftsurlaub, aber nur dann, wenn die Väter auch bereit sind zu gebären, und das wird wohl kaum möglich sein. Diesen Tatbeweis blieben sie bis jetzt schuldig.

Tun wir doch nicht so, als blicke der Durchschnittsmann jährlich wiederkehrend Vaterfreuden entgegen. In aller Regel trifft das ein- bis zweimal im Leben zu – und aus ist die Maus. Und für diese zwei Mal wollen wir einmal mehr Vater Staat bemühen. Das kann doch nicht angehen. Man will also diesen ach so strahlenden und stolzen Vätern nicht zumuten, zweimal im Leben einen kleinen Teil ihrer Ferien dem höchsten der Gefühle hinzugeben respektive zu opfern. Der Vaterschaftsurlaub ist tatsächlich alles andere als eine sozialpolitische Notwendigkeit und hilft letztlich rein gar niemandem.

Ich sehe nicht, Kollegin Fetz, was am Vatersein so schwer sein soll. Das habe ich nie so erlebt. Viele Väter hätten tat-

sächlich viele Möglichkeiten, um ihre Freizeit mit den Kindern zu verbringen. Sie nutzen diese Möglichkeiten aber nicht, und jetzt sollen die ersten acht Wochen hinhalten. Ich weiss nicht, wie es Ihren Kindern geht. Aber meine Kinder vermögen sich nur sehr schemenhaft und schwach an die ersten acht Wochen ihres Lebens zu erinnern. Also möchte ich Sie bitten, diese Motion abzulehnen.

**Couchepin** Pascal, conseiller fédéral: Monsieur Nordmann, ici présent, nous propose un congé-paternité pour associer les pères dès la naissance. Je dois lui dire que, si mes souvenirs sont exacts, les pères sont associés à la procédure qui conduit à la naissance des enfants déjà avant la naissance, neuf mois auparavant! Mais soyons sérieux et venons-en au problème juridique concret.

Aujourd'hui déjà, le Code des obligations prévoit que l'employeur doit accorder aux travailleurs des congés à l'occasion d'événements familiaux, comme par exemple la naissance d'un enfant. En règle générale, les patrons, s'ils ne se fondent que sur le Code des obligations, donnent un ou deux jours de congé pour le père. Les entreprises, comme l'a relevé Monsieur Schwaller, ont introduit sur une base conventionnelle des congés-paternité. En général, c'est un maximum de deux semaines, ce qui est certainement un avantage lorsqu'il s'agit de recruter de la main-d'œuvre jeune.

Il y a un congé-maternité. Madame Fetz disait qu'il faut établir l'égalité entre hommes et femmes dans ce domaine aussi. Mais le constituant a fait une différence puisqu'il y a un article constitutionnel sur le congé-maternité, alors qu'il n'y en a point sur le congé-paternité. Si l'on veut faire un effort social supplémentaire, est-ce vraiment là qu'on doit mettre l'accent? Nous avons la conviction que si un progrès doit intervenir dans le domaine de la famille, c'est plutôt pour favoriser la flexibilisation des conditions de travail et l'optimisation de l'accueil extrafamilial.

Monsieur Kuprecht l'a dit, un congé-paternité de trois semaines conduirait à une augmentation des cotisations au régime des allocations pour perte de gain de 0,3 à 0,6 pour cent – c'est donc un doublement des cotisations, ce qui est assez légitime puisque c'est un congé de trois à quatre semaines. C'est en tout cas une augmentation de l'ordre de 0,3 pour cent. Or, vous le savez – ou peut-être que certains l'ont oublié –, on va vers un déficit du financement du régime des allocations pour perte de gain et on devra, d'après les calculs qui ont été faits, pour garantir le financement de l'allocation de maternité, augmenter en 2011 le taux de cotisation de 0,3 à 0,5 pour cent. Si l'on adopte la motion Nordmann, il faudra passer de 0,3 à 0,6 pour cent en trois ou quatre ans, au moment où le prélèvement sur les salaires pour l'assurance-chômage doit être augmenté et où on a décidé, hier, de proposer d'augmenter le taux de TVA de 0,5 pour cent pour une durée de sept ans, pour financer l'assurance-invalidité.

Je crois que, finalement, on ne pourra plus distinguer entre ce qui est essentiel, c'est-à-dire la consolidation des systèmes sociaux existants, et ce qui est souhaitable – parce qu'en soi c'est une bonne chose que de pouvoir donner aux pères ce congé. Mais celui-ci n'est pas de la même nécessité que la consolidation de l'AI, le renforcement des financements de l'assurance-chômage et la couverture des engagements déjà pris dans le domaine des allocations pour perte de gain.

C'est la raison pour laquelle, malgré toute la sympathie que suscite chez un père de trois enfants, grand-père de deux petites-filles et bientôt de trois, cette aimable idée, nous vous invitons à renoncer à la soutenir et à rejeter la motion, avec un peu de peine dans le coeur, mais avec réalisme.

#### Abstimmung – Vote

Für Annahme der Motion ... 13 Stimmen  
Dagegen ... 21 Stimmen

#### 07.3618

**Motion Schiesser Fritz.**  
**Familienzulagen.**  
**Mehrfachbezüge verhindern**  
**Motion Schiesser Fritz.**  
**Empêcher le cumul**  
**des allocations familiales**

Einreichungsdatum 03.10.07  
Date de dépôt 03.10.07

Ständerat/Conseil des Etats 19.12.07

**Präsident** (Brändli Christoffel, Präsident): Der Bundesrat beantragt die Annahme der Motion.

**Schiesser Fritz** (RL, GL): Angesichts der fortgeschrittenen Zeit kann ich mich kurz halten. Es geht darum, einen Mechanismus einzurichten, der sicherstellt, dass bei den Familienzulagen keine Mehrfachbezüge erfolgen können. Der Grund dafür liegt darin, dass auch bei Teilzeitpensum bereits Anspruch auf die ganze Zulage erhoben werden kann. Die Verhinderung von Mehrfachbezügen ist also nur dann möglich, wenn irgendeine Kontrolle darüber besteht, ob die Familienzulage bei mehreren Teilzeitpensum bereits an einem Arbeitsort bezogen wird.

Der Bundesrat hat in seiner Stellungnahme darauf hingewiesen, dass er bereits entsprechende Schritte eingeleitet habe, Abklärungen treffe und den Auftrag erteilt habe, eine gesetzliche Grundlage auszuarbeiten, weil Artikel 27 des Familienzulagengesetzes offenbar keine genügende gesetzliche Grundlage darstellt. Ich kann dem Bundesrat eigentlich nur danken, dass er so rasch reagiert hat.

Ich beantrage Ihnen, die Motion anzunehmen.

*Angenommen – Adopté*

#### 07.3654

**Interpellation Schwaller Urs.**  
**Psychische Gesundheit.**  
**Koordinierte Massnahmen**  
**zugunsten der Bevölkerung**  
**Interpellation Schwaller Urs.**  
**Santé mentale de la population.**  
**Prendre des mesures**  
**et assurer la coordination**

Einreichungsdatum 04.10.07  
Date de dépôt 04.10.07

Ständerat/Conseil des Etats 19.12.07

**Präsident** (Brändli Christoffel, Präsident): Der Interpellant beantragt Diskussion. – Sie sind damit einverstanden.

**Schwaller Urs** (CEg, FR): In der Antwort des Bundesrates kommen Bemühungen zum Ausdruck, hingegen keine angemessenen Koordinations- und Informationsanstrengungen. Insbesondere überzeugt die als Antwort auf Vorstöße immer wieder ins Feld geführte fehlende Kompetenz des Bundes nicht ganz. Die Trennung von Informationsaustausch, welcher als verfassungsmässig angesehen wird, und Informationstätigkeit, welche als gegen die Kompetenzordnung zwischen Bund und Kantonen verstossend erachtet wird, ist etwas gar spitzfindig.

Nach meinem Informationsstand werden sich die Kantone nicht gegen eine verbesserte Information der Bevölkerung

